

Antrag

**der Abgeordneten Sascha Greshake, Prof. Dr. Michael Becken, Julian Herrmann,
Thilo Kleibauer, Ralf Niedmers, Markus Kranig (CDU) und Fraktion**

Betr.: Hamburgs Rechenzentrumsstandort stärken – Gesamtstrategie entwickeln und Bestandsaufnahme durchführen

Rechenzentren sind eine zentrale Ressource für Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft, vor allem sind sie aber Kernbestandteil datenintensiver Zukunftstechnologien. Rechenzentren sind darüber hinaus eine zentrale Voraussetzung für die Entwicklung und Anwendung von Künstlicher Intelligenz sowie für die digitale Souveränität von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Eine leistungsfähige Rechenzentrumsinfrastruktur sowie ein entsprechend leistungsfähiges Ökosystem werden entscheidend dafür sein, wie sich die Metropolregion und der Standort Hamburg künftig entwickeln. Aufgabe der Stadt ist es daher, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass bestehende Rechenzentren wachsen können und neue Betreiber sich ansiedeln. Die Politik muss hierfür aktiv gestalten – insbesondere bei Flächennutzungs- und Bebauungsplänen, bei der Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, beim Ausbau der Energieversorgung sowie bei der Berücksichtigung im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung.

Hamburg verfügt dabei über hervorragende Startbedingungen. Die Stadt ist über einen internationalen Datenknotenpunkt eng mit Norddeutschland und Skandinavien verbunden und verfügt mit „Atlantic Crossing 1“ über eine direkte Anbindung an Nordamerika in unmittelbarer Nachbarschaft. Als Standort mit einem starken Hochschul- und Wirtschaftssektor hat Hamburg das Potenzial, eine führende Rolle im norddeutschen Rechenzentrumsökosystem einzunehmen. Zudem bietet die Nähe zur Küste ideale Voraussetzungen zur Nutzung von Offshore-Windenergie in Hamburg – wie dies auch auf dem Nordseegipfel im Januar 2026 erörtert wurde. Mit dem grenzüberschreitenden Ausbau der Windenergie ist mit einer noch höheren Verfügbarkeit einer besonders geeigneten und nachhaltigen Stromquelle für leistungsfähige und klimafreundliche Rechenzentren zu rechnen.

Der Bericht des NDR¹, wonach der „Norden noch Luft nach oben hat“, wird durch die Drs. 23/1953 bestätigt: Dem Senat fehlen wesentliche Grundlagen für eine strategische Weiterentwicklung. Es existiert weder ein vollständiger Überblick über private Rechenzentren und deren Kapazitäten, noch liegen Prognosen zum zukünftigen Energiebedarf insbesondere im Hinblick auf KI-Anwendungen vor. Auch ein systematisches Monitoring zu Effizienz, Standortbedingungen oder Energieverbrauch fehlt. Hier sollte die Freie und Hansestadt Hamburg das Energieeffizienzregister für Rechenzentren (RZReg) des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) nutzen, das relevante Kennzahlen bundesweit erfasst und vergleichbar macht. Dies würde sowohl die Datengrundlage verbessern als auch die Position Hamburgs im Standortwettbewerb stärken.

¹ <https://www.ndr.de/nachrichten/info/rechenzentren-warum-der-norden-noch-luft-nach-oben-hat,rechenzentren-100.html> (gesehen am 01.12.2025)

Mehrere Bundesländer treiben den Ausbau ihrer Rechenzentrumsökosysteme bereits aktiv voran², zugleich fügt sich diese Entwicklung in die bundespolitischen Ziele ein. Im Koalitionsvertrag wurde ausdrücklich festgelegt, dass Deutschland „als Leuchtturm Europas“ im Bereich Rechenzentren ausgebaut werden soll. Zudem soll „mindestens eine der europäischen AI-Gigafactories“ angesiedelt und die „Planung und Integration von Rechenzentren in das Stromnetz“ erleichtert werden. Der Auf- und Ausbau soll durch „praxisnahe Auslegung“ beschleunigt und die Abwärmenutzung vereinfacht werden. Ergänzend formuliert die Modernisierungsagenda das Leitbild eines „schnellen, digitalen und handlungsfähigen Deutschlands“ und unterstreicht damit die zentrale Bedeutung leistungsfähiger digitaler Infrastrukturen für effizientes staatliches und wirtschaftliches Handeln.

Vor diesem Hintergrund benötigt Hamburg eine integrierte, langfristige Gesamtstrategie, die sowohl standort-, energie- und flächenpolitische als auch technologie-, wirtschafts- und sicherheitspolitische Aspekte integriert sowie die bundespolitischen Rahmenbedingungen³ berücksichtigt. Diese Strategie muss darauf ausgerichtet sein, die bestehenden Standortvorteile gezielt auszubauen, Investitionen in vorhandene Rechenzentren zu fördern und Hamburg zugleich als attraktiven Standort für Neuansiedlungen zu positionieren. Die Voraussetzungen hierfür sind gut: Hamburg ist verankert im norddeutschen und europäischen Datenraum, erste Rechenzentrumscluster entstehen im Umfeld des Flughafens und am Berliner Tor, und geeignete Flächen stehen zur Verfügung – etwa ausgewiesene Entwicklungsgebiete wie Neuland 23, aber auch stadtnahe Konversions- und Umnutzungsflächen, die im Rahmen des Strukturwandels einer neuen Nutzung zugeführt werden und sich aufgrund der steigenden Effizienz moderner Rechenzentren zunehmend als geeignete Standorte anbieten.

Durch die Zusammenführung dieser Informationen erhält die Stadt ein belastbares Bild des Status quo und kann sowohl dazu beitragen, dass sich bestehende Cluster weiterentwickeln, als auch die planerischen und infrastrukturellen Voraussetzungen für zukünftige Entwicklungen verbessern. Diese Maßnahmen sind ein erster wichtiger Schritt für Hamburg und die Metropolregion um langfristig die digitale Zukunft des Standortes und der Region zu stärken.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. eine Strategie zur Förderung der bestehenden Rechenzentrumsinfrastruktur sowie zur Neuansiedlung von Rechenzentren zu erarbeiten und damit Hamburg als führenden und wettbewerbsfähigen Rechenzentrumsstandort und Datenknotenpunkt Norddeutschlands zu etablieren,
 - a. und dabei die Energie- und Flächenbedarfe einschließlich der erforderlichen Netzinfrastruktur sowie der kommunalen Wärmeplanung angemessen einzu-beziehen,
 - b. sowie die geplante bundespolitische Rechenzentrumsstrategie verbindlich zu berücksichtigen;
2. die bestehenden Rechenzentrumsstandorte im Rahmen eines Mappings systematisch in Hamburg zu erfassen,
 - a. um bestehende und entstehende Cluster sowie deren Einbindung in ein innovations-, wirtschafts- und forschungsnahes Ökosystem und deren Entwicklungsbedarfe zu identifizieren,

² <https://www.stmwi.bayern.de/presse/pressemeldungen/415-2025/> (gesehen am 01.12.2025)

³ https://bm.ds.bund.de/fileadmin/BMDS/Dokumente/Publikationen/260312_BMDS_Template-RZ-Strategie_V2_barrierefrei_final.pdf (gesehen am 18.03.2026)

- b. sowie unter Berücksichtigung oder in Zusammenarbeit mit dem Energieeffizienzregister für Rechenzentren (RZReg) des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) technische Spezifikationen privatwirtschaftlich betriebener Rechenzentren, sofern möglich, zu erfassen;
3. die Entwicklung des Rechenzentrumsstandorts regelmäßig nachzuzeichnen, das Mapping bei Bedarf fortzuschreiben und Kapazitätsentwicklungen sowie Neubauplanungen proaktiv zu begleiten;
4. der Bürgerschaft bis zum 30. September 2026 zu berichten.